

TREFFPUNKT MITTELSTAND

September 2013

DER ZENTRALE FAKTOR
DER VOLKSWIRTSCHAFT
IN DEUTSCHLAND

POLITIK

Bürgerschaft kippt Lübecker KaiLine.
Was sind die Folgen?

RECHT

Neues Urteil des BGH
zur Schwarzarbeit.



DAS MAGAZIN FÜR MITTELSTAND UND WIRTSCHAFT
IN LÜBECK & OSTHOLSTEIN

MIT

MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
LÜBECK UND OSTHOLSTEIN



Willi Meier
Vorsitzender der
MIT Lübeck

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Die Erstausgabe unseres neuen und erfolversprechenden Magazins der Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigungen Lübeck und Ostholstein (MIT) liegt vor Ihnen. Ich freue mich besonders, dass wir diese umfangreiche Publikation als Nachfolge des MIT Journals realisieren konnten. Das Magazin erscheint jetzt sogar über die Grenzen Lübecks hinweg auch im Kreis Ostholstein mit einer Gesamtauflage von 5.000 Exemplaren. Wie wichtig unser Magazin ist, werden Sie auf den nächsten Seiten feststellen. Über die bauliche Neugestaltung der nördlichen Lübecker Wallhalbinsel, auch unter dem Projektnamen KaiLine bekannt, wurde seit 20 Jahren kontrovers debattiert. Nun wurde das Projekt von der Bürgerschaft zu Grabe getragen.

Bei der Entscheidung ging es um unterschiedliche Ansichten und Bedürfnisse der Anlieger, Investoren und politischen Entscheidungsträger. Lesen Sie auf den folgenden Seiten Statements, welche die wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen aufzeigen. Die Ablehnung des KaiLine Projektes durch die Lübecker Bürgerschaft, ist auch faktisch die Beerdigung von wirtschaftlichen Impulsen für Lübecker Handwerksbetriebe. Als Investitionsstandort ist unser Lübeck jetzt in Gefahr und wir müssen in Zukunft dafür sorgen, einen besseren Ausgleich zwischen Bürger- und Wirtschaftsinteressen zu schaffen. Deshalb ist auch Ihr Engagement in der MIT von entscheidender Bedeutung, damit sich solche Entscheidungen nicht wiederholen. Überlegen Sie doch einmal, ob Sie nicht Teil der politischen Kultur durch eine Mitgliedschaft in der Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung werden möchten. Nun wünschen wir Ihnen viel Spaß bei der Lektüre und freuen uns über Ihr Feedback per Email unter info@mit-hl.de. Einen kleinen Ausblick geben wir noch auf die zweite Ausgabe, die im Dezember erscheinen wird: die feste Fehmarnbeltquerung wird dann unser Aufmacher sein.

*Herzlichst,
Ihr Willi Meier*



Thomas Melchert
Vorsitzender der
MIT Ostholstein

DAS RAD NICHT NEU ERFINDEN

Man muss das Rad nicht neu erfinden, sagt der Volksmund und meint damit, dass die sorgfältige Prüfung bereits vorhandener Kenntnisse oftmals eine Antwort auf Fragen der Zeit bietet. Dieser Erkenntnis folgt auch die Mittelstandsvereinigung und fordert eine Rückbesinnung auf die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Dieses von Ludwig Erhard entwickelte Wirtschaftsmodell hat nicht nur die wirtschaftliche und soziale Stärke Deutschlands ermöglicht, sondern bietet auch heute noch die Antwort auf viele wirtschafts- und sozialpolitische Fragen. Die MIT fordert deshalb, dass sich die Politik an den Erfahrungen der Erhard'schen sozialen Marktwirtschaft orientiert. Damit ist keine Rückkehr in

die 50-iger Jahre gefordert unter Wiederholung früherer Maßnahmen, sondern es geht darum, die Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft auf die heutige Zeit anzuwenden unter Berücksichtigung der Herausforderungen der Globalisierung und der demografischen Entwicklung. Diese Grundprinzipien wieder in den Fokus politischen Handelns zu stellen sehen wir als eine zentrale Forderung des Mittelstandes, der sich immer als Verfechter der Lehre der sozialen Marktwirtschaft verstanden hat: Wohlstand durch Wettbewerb und soziale Gerechtigkeit unter Berücksichtigung der Eigenverantwortung jedes Menschen. Dies sind nur einige Grundsätze für die wir uns einsetzen und die wir in diesem Magazin vorstellen und diskutieren wollen. Ich stelle hier ein erstes Zitat zu Ludwig Erhard's Selbstverständnis vor:
„Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal verantwortlich sein. Sorge Du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.“
(Ludwig Erhard)

Lesen Sie zu diesem Zitat auch den Artikel von Hans-Dieter Lehnen „Lebensprinzip Selbstverantwortung“ in dieser Ausgabe.

Ihr Thomas Melchert



4-8 **DAS PROJEKT KaiLine**
Das umstrittene Standortprojekt

9 **STEUERERHÖHUNGEN**
Leistungsbereitschaft wird gelähmt

10-11 **BUNDESTAGSWAHL 2013**
Direktkandidaten der CDU Lübeck und Ostholstein

12-13 **SELBSTVERANTWORTUNG**
Ein Plädoyer von Hans-Dieter Lehnen

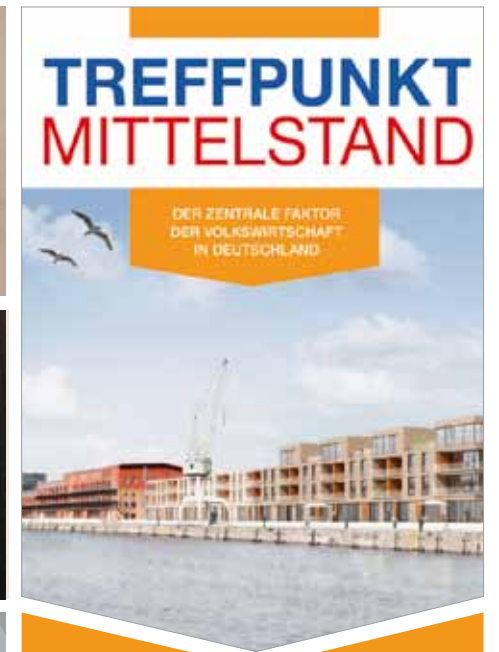
14 **VERLOSUNG**
AQUAMARIS Strandresidenz Rügen

15 **RECHTSTIPP**
Vorsicht bei Schwarzarbeit

Impressum Treffpunkt Mittelstand

MIT Herausgeber: MIT Kreisverband Lübeck, Breite Straße 6-8, 23552 Lübeck, www.mit-hl.de | **V. i. S. d. P.:** Willi Meier, Vorsitzender MIT Kreisverband Lübeck | **Redaktion:** Gunnar Rega | **Foto/s:** Titelseite/ Seite 4, KWL GmbH, Hansestadt Lübeck

treffpunkt. Satz, Layout, Anzeigenverkauf: Treffpunkt Werbeagentur, Wagrienring 22, 23730 Neustadt, Tel. 04561-7143540, anzeigen@treffpunktteam.eu, die.werbeagentur.com Homepage: www.treffpunktteam.eu



TREFFPUNKT MITTELSTAND

Das neue Magazin für
Mittelstand und Wirtschaft
in Lübeck & Ostholstein

Ab sofort erscheint vierteljährlich unser Magazin, „Treffpunkt Mittelstand“ der Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung Lübeck & Ostholstein, in einer Auflage von 5.000 Exemplaren. Der Informationsschwerpunkt liegt auf regionalen Wirtschaftsthemen und wird Ihnen, unterschiedliche Sichtweisen und Argumente zu aktuellen Themen näher bringen. Die erste Ausgabe halten Sie in diesem Moment bereits in Ihren Händen und wird auch zukünftig den Mitgliedern der **MIT** postalisch zugestellt und liegt darüber hinaus im Einzelhandel, bei Versicherungen, Banken und Hotels aus. Auch im Internet unter www.mit-hl.de kann der Treffpunkt Mittelstand heruntergeladen werden.



NÖRDLICHE WALLHALBINSEL AUS SICHT DER WIRTSCHAFT UND DES HANDWERKS

Die nördliche Wallhalbinsel und ihre Nutzung – Sie ist prägender Ausdruck für langwierige Diskussionen und langjährige Reibereien in der Lübecker Kommunalpolitik. Auch bei der hinter uns liegenden Kommunalwahl und der Mehrheitsbildung in der Bürgerschaft spielte das 85.805 Quadratmeter große Areal eine herausragende Rolle. Auf der einen Seite besteht der Wunsch nach dem Erhalt der Schuppen und auf der anderen Seite das Bestreben, das wirtschaftliche und städtebauliche Potenzial dieses einmaligen Standortes am Wasser zu nutzen. Letzteres wurde nun abgelehnt.

Bereits in den neunziger Jahren versuchte die Verwaltung mit wenig Erfolg die gesamte Fläche an ein schwedisches Konsortium und im Jahr 2008 an einen isländischen Investor zu veräußern. Seit 2010 ist die städtische Tochter, das Koordinierungsbüro Wirtschaft in Lübeck (KWL) damit beauftragt, kleinere Flächenzuschnitte zu vermarkten, wodurch Ausfallrisiken von Investoren vermindert werden sollen, Erschließungskosten im Gegenzug allerdings nicht auf

einen Großinvestor übertragen werden können. Durch den Beschluss der Bürgerschaft vom 29. August 2013, das „Kailine-Projekt und die Weiterverfolgung der Vermarktung unverzüglich zu stoppen“, ist das Bestreben, dem Gelände einen geeigneten Nutzen zuzuführen, ein drittes Mal gescheitert.

Die KWL hatte, in einem Anfang 2013 vorgelegten Entwurf, einen 3 Millionen Euro Überschuss nach Abzug der

Erschließungs- und Vermarktungskosten für das gesamte Projekt errechnet. Doch wie realistisch ist diese Summe? Bereits im September letzten Jahres wurde bei der „Anhandgabe“ der ersten beiden Grundstücke ein Umsatz von 4,265 Millionen Euro generiert. Dieser Betrag liegt merklich über dem 2011 avisierten Erlös und führte abzüglich der Erschließungs- und Vermarktungskosten zu einem zusätzlichen Gewinn von 200.000 Euro für die Stadt. Der im Früh-

jahr 2013 vorgelegte Entwurf berücksichtigt die zuletzt genannte Entwicklung nicht und ist daher als verhaltene Schätzung anzusehen. Der deutliche höhere Realisierungswert wäre auch bei der weiteren Flächenvergabe insbesondere bei den am Ende vergebenen Grünstücken zum Tragen gekommen.

Doch wer sollte nach dieser Bürgerschaftsentscheidung jetzt noch in Lübeck investieren oder Konzepte zur Standortentwicklung vorlegen? Die plötzliche Nichtveräußerung des Geländes und die daraus resultierende Planungsunsicherheit für jedes zukünftige Lübecker Bauprojekt wird in der Immobilienbranche Auswirkungen wie die Finanzpolitik der hellenischen Republik auf den Euroraum haben: totalen Vertrauensverlust bei Investoren und deren Gläubigern. Wer meint, Anleger würden darüber hinwegsehen können, der irrt. Das könnte unter anderem auch daran liegen, dass Investoren es nun schwieriger haben werden, Drittmittel von Banken für Vorhaben in Lübeck zu erhalten, da diese nun stärker risikobehaftet sind. Jetzt ist es an der Politik Schadensbegrenzung und verlässliche Grundlagen für Kapitalgeber zu schaffen.

DIE UMGESTALTUNG UND NEUBEBAUUNG HÄTTE DER STADT ENORME PERSPEKTIVEN GEBOTEN.

Da sind zum einen die geschätzten 150 bis 200 Millionen Euro an Bauaufträgen, die nun nicht mehr an Lübecker Gewerke oder zumindest Unternehmen, die hier ihre Ware beziehen, vergeben werden. Neue Gewerberäumlichkeiten in bester Lage hätten entstehen und die Hansestadt von Umsatzsteigerungen und neugeschaffenen Arbeitsplätzen profitieren können. Die Chance, Arbeitsplätze, die faktisch über dem häufig geforderten Mindestlohn liegen, anzusiedeln und in gleichem Maße hochwertigen und energieeffizienten Wohnraum für Lübecker und Neuansiedler bereitzustellen, wurde vertan. Die hanseatischen Umlandgemeinden hingegen erfreuen sich weiterhin an überquellenden Gewerbeflächen und Heimatsuchenden, samt ihrer Lohnsteuerabgaben, die dort

in solide Kindergärten und Schulausstattungen fließen. Zum anderen war die städtebauliche Herausforderung eine ganz außergewöhnliche. Selten bekommt eine Stadt mit solch kulturellem Reichtum die Möglichkeit eröffnet, nur einen Angelwurf vom Herzen der historischen Altstadt entfernt, eine fast brachliegende Fläche in einen neuen Stadtteil mit völlig neuen Akzenten zu verwandeln, jedenfalls in den engen Grenzen, die der Gestaltungsbeirat gesetzt hat.

Es wird sich zeigen, ob die Hansestadt gut damit beraten ist, Investoren zum Spielball der Kommunalpolitik zu machen, mehrere Jahrzehnte auf eine Kompromisslösung zu warten und darüber hinaus, ob Stillstand und mangelnder Entscheidungswille Lübeck in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht irreparabel geschadet haben.

von Gunnar Rega

AUF EIN WORT ...

Der aktuelle Bundestagswahlkampf wird wieder alle Facetten der Selbstdarstellung von Parteien präsentieren - die guten und die weniger guten.

Es wäre wünschenswert, wenn wir alle uns parteiübergreifend auf eine Rückkehr zu bürgernaher Sachpolitik besinnen würden.

Der US-Import Personenkult sollte vielleicht in Teilbereichen etwas häufiger ersetzt werden durch Wahrheit und Verantwortlichkeit, durch Verantwortung- und Pflichtbewusstsein. Verantwortung wiederum sollte transparent sein und sich nicht hinter der Maske von angeblichem Datenschutz

oder ständig veränderter Zuständigkeit verstecken. Jeder gewählte Politiker ist erstinstanzlich seinem Gewissen sowie seinem Wähler verantwortlich, danach erst eventueller Parteiräson. Der einst gute Ruf der Politik ist angekratzt, die derzeitige Politikverdrossenheit ist hausgemacht: Die Politik scheint häufig zu vergessen, wer der Souverän unseres Staates ist: Der Bürger!

von Willi Meier

Café Wichtig
SCHLEMMEN · GENIEßEN · CHILLEN!
AN DER DÜNENMEILE SCHARBEUTZ

café wichtig Tel 04503 - 898 1000

beach lounge

Jeden DI
ab 19.00 Uhr
afterwork-party mit DJ...

STRANDPASSAGE

Schuhe und Mode aus
Timmendorfer Strand

Holz für Haus & Garten

... starke Ideen aus dem Hause JORKISCH

JODA
HOLE IM GARTEN

www.joda.de

STANDORTENTWICKLUNGSPROJEKT "KaiLine LÜBECK": CHANCE NICHT GENUTZT!

Die Metropolregion Hamburg mit der HanseBelt-Region als Ostseezugang ist eine der bedeutendsten und wirtschaftsstärksten Regionen in Deutschland.

Aktuell leben rund 5 Millionen Menschen in der Metropolregion Hamburg. Mit ihrer Lage im Schnittpunkt der wichtigsten europäischen Verkehrsachsen zwischen Skandinavien, West-, Ost-, und Südeuropa gehört sie zu den wettbewerbsfähigsten Regionen Europas. Dem Ostseeraum sind als erster strategischer EU-

Makroregion hervorragende wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungschancen prognostiziert worden. Durch die vor der absehbaren Realisierung stehende „Feste Fehmarnbelt-Querung“ entsteht eine neue attraktive Magistrale zwischen den europäischen Kraftzentren Hamburg und Malmö/ Kopenhagen. Die

Hansestadt Lübeck, attraktives Oberzentrum der HanseBelt-Region und neues Mitglied der Metropolregion Hamburg, stellt mit dem größten deutschen Ostseehafen, der Funktion als Logistikkreuzung im Norden, ergänzt durch ihren maritimen Charakter und ihren außergewöhnlichen Reichtum an kulturellen Zeugnissen ei-

nen wichtigen Kristallisationspunkt auf der Entwicklungsachse Hamburg/Öresund dar. Lübeck trägt parallel ganz nennenswert zur Attraktivität Schleswig-Holsteins bei.

Die Hansestadt Lübeck besitzt Lagegunst, das ist das Fazit des zuvor Beschriebenen. Lübeck wird weiter das Inte-

resse inländischer und ausländischer Investoren wecken und könnte sich über Zuzüge Fremder freuen, wenn verlässliche Rahmenbedingungen erkennbar werden. Das KaiLine-Projekt fand bundesweite Beachtung, weil eine solche exponierte „Zentrums-Wasser-Lage“ kaum zu finden ist in der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Es gab 2011 in Lübeck eine Bürgerschaftsentscheidung zum Bebauungsplan, zur Erschließungsplanung und zur Investorensuche. Eine europaweite Ausschreibung schloss sich an und lieferte einen Gewinner unter den möglichen Investoren. Dieser Investor wiederum führte einen Architektenwettbewerb durch, der mittels einer Lübecker Jury entschieden wurde. Nun, wo es um die Umsetzung ging, hat die Lübecker Bürgerschaft eine Kehrtwende gemacht und alles als im Vorfeld intensiv geprüft

und entschieden wurde, ad acta gelegt. Nach dieser belastenden Entscheidung - das neue rot-grün-blaue „Regierungsbündnis“ votierte gegenständig - gilt es einen Imageschaden für die Hansestadt Lübeck abzuwenden, denn für Investoren haben sich die Umsetzungsbedingungen entscheidend verschlechtert. Die allgemeine Verlässlichkeit der Politik scheint in der Hansestadt nicht mehr gewährleistet zu sein.

DIE „KAILINE-IDEE“ WAR EIN STANDORTENTWICKLUNGSPROJEKT MIT STRALKRAFT WEIT ÜBER DIE GRENZEN DER HANSESTADT LÜBECK HINAUS.

Das Oberzentrum Lübeck hätte durch eine zielführende Bebauung der nördlichen Wallhalbinsel zweifelsfrei gestärkt werden können. Lübeck könnte mit

dem Wohn- und Erlebnisort KaiLine weiter an Attraktivität gewinnen und parallel wichtige Impulse für Tourismus, Zuwanderung und Co. auslösen. Ein Investitionsvolumen von 150 bis 200 Millionen Euro und dessen positive wirtschaftliche Auswirkungen für die gesamte Region - denken wir allein an die entsprechenden Aufträge an die verschiedenen Handwerksbetriebe - werden nun leider nicht mehr generiert werden können. Das KaiLine-Projekt war zweifelsfrei eine Chance für Lübeck - nun ist diese Standortoptimierungsmöglichkeit vorerst vertan und kann somit nicht mehr zu einer zeitnahen intelligenten Stadtentwicklung beitragen. Neue Impulse für den Wirtschaftsstandort Lübeck sind nun gefragt, um Vertrauen zurückzugewinnen und den Blick für die Zukunft, die es aktiv zu gestalten gilt, nicht zu verlieren.



Bernd Jorkisch

Vorsitzender
Landesfachausschuss
Wirtschaft, Infrastruktur
und Wohnungsbau
der CDU
Schleswig-Holstein



Bauen Sie eine Brücke
zwischen Leben und Tod.

Mit einer **Bestattungsvorsorge** legen Sie zu Lebzeiten die Details der Bestattung fest. So geschieht alles in Ihrem Sinne. Wenden Sie sich vertrauensvoll an uns. Wir beraten Sie ausführlich, kompetent, diskret und selbstverständlich kostenfrei.

Balauerföhr 9
23552 Lübeck
Tel. 0451-79 81 00
www.schaefer-co.de



Rechtsanwalt und Notar
Thomas G.H. Melchert
Dipl. - Verwaltungswirt

Alte Bergstr. 2a / Ecke Seestraße • 23683 Scharbeutz
Telefon 0 45 03 - 71 51 / 52 • Fax 0 45 03 - 7 45 95
E-Mail: raun-melchert@t-online.de

SCHMIDT & PARTNER
Planungs-GmbH

Planen · Bauen · Immobilien

Hainholzweg 2a · 23669 Timmendorfer Strand
Telefon 04503 / 31 0 53 · Email drhvs1@aol.com



Wenn es das gäbe, könnten Sie es bei uns leasen.



Autos und Computer zu leasen ist heute ganz normal. Wenn Ihr Leasingwunsch allerdings mal etwas ungewöhnlicher ausfällt: Wir beraten Sie bei jedem Ihrer Investitionspläne. Lernen Sie unser Angebot bei einem persönlichen Gespräch mit unseren Leasingberatern kennen. Weitere Informationen und Finanzierungsangebote erhalten Sie telefonisch unter 0451 147-147 oder unter www.sparkasse-luebeck.de. **Wenn's um Geld geht - Sparkasse.**

DIE GRÜNEN, DIE KaiLine UND IHR PHARISÄERTUM

Lübecks KaiLine ist in der Kritik. Das Koordinierungsbüro Wirtschaft vermarktet das Areal und wirbt für ihr Bauvorhaben mit der Aussage: „KaiLine – die Silhouette der 7-Türme-Stadt vor Augen, die Kaikante direkt vor der Tür, das Hafen-Flair hautnah spürbar. Wohnen und Arbeiten auf hohem Niveau werden hier eine gelebte Einheit bilden mit Kultur, Freizeit und Erholung.“

Rund 150 Millionen Euro sollen auf der nördlichen Wallhalbinsel investiert werden. Für die Stadt bleiben rund 1 Million Euro übrig. 425 Wohnungen für 780 Menschen sollen entstehen. „Das ist Backsteinkleid, die normale Kiste“, kritisiert Jörg Sellerbeck von der Bürgerinitiative Rettet Lübeck (Birl) den vorgelegten Entwurf. „Die Birl kämpft für den Erhalt der Schuppen und gegen den aus ihrer Sicht zu mächtigen Wohnungsbau. Die Media Docks gehen praktisch unter.“

Die Jury war begeistert aber die Politiker, die gegen das umstrittene KaiLine-Projekt auf der nördlichen Wallhalbinsel sind, lassen sich davon nicht umstimmen. Die Entwürfe der Architekten lösen keinen Beifall aus. „Das haut mich definitiv nicht vom Hocker“, erklärt CDU-Fraktionschef Andreas ander, dessen Partei das Millionenvorhaben stoppen möchte. „Das ist eine Architektur, die man überall umsetzen kann.“ Die CDU hat ein eigenes Konzept vorgestellt.

Auch die Grünen wollen die KaiLine nicht nur durchwinken. Aber da sie mit der SPD in eine Kooperation eintreten möchten, signalisieren sie Bereitschaft, auch über die die Entwicklung der nördlichen Wallhalbinsel zu sprechen. Jetzt suchen sie nach einem Feigenblatt, um dann doch noch zustimmen zu können. Bei dem gesamten Bauprojekt sind die Gesamtkosten, die für die Straßenbaumaßnahmen und die Erneuerung der maroden Kaianlagen anfallen, nicht mit berücksichtigt. Diese Beträge in zweistelliger Millionenhöhe müssen von der Stadt getragen werden. Damit also vom Steuerzahler. Nun gehört aber zu einer ordentlichen Kostenaufstellung, dass die Bürgerschaft über alle Ausgaben, die mit dem Bauvorhaben zusammenhängen, informiert wird. Hierfür hat der Bürgermeister der Stadt zu sorgen. In der Vorlage für die Bürgerschaft wird von einem etwaigen Gewinn gesprochen, die Kosten in zweistelliger Höhe aber nicht genannt. Da hören wir doch schon die Rufe der unschuldigen Befürworter dieses Vorhabens: Das haben wir ja gar nicht gewusst!“ Die Bürgerschaft muss wissen, die KaiLine kann der Stadt zum einen viel Geld kosten und sie zum anderen ihrer Identität als Hafenstadt berauben. Nun wird in der Septembersitzung der Bürgerschaft alles von den Grünen abhängen. Um weiter einen Senatsposten zu erhalten und als Kooperationspartner der SPD alle Vorteile und Sitze in den städtischen Gesellschaften zu erhalten, werden sie Gesprächsbereitschaft signalisieren. Also wird mit Sicherheit ein politischer Kompromiss gefunden, mit dem die Grünen ihr Gesicht wahren. Dieser wird sicher Geld kosten und wie in Lübeck üblich nichts Halbes und nichts Ganzes werden. Ihr Gutmenschen, das sie den Bürgern verordnen, passt nicht zu ihrer eigenen grünen Politik. Andersdenkende müs-



Peter Sinnenwold
Ehrenvorsitzender
der MIT Lübeck

sen umerzogen werden. So bekannt, das spezifisch grün/linke Nicht-Ertragen-Können von Leuten mit falscher Meinung oder falschem Klassenstandpunkt. Die Partei der Grünen entwickelt sich zu einer „Verbotsparterie“. Sie will bevormunden und wird zur Partei der Besserwisser. Sie fordern: Alkoholverbot, 1. Klasse-Verbot, Rauchverbot, Fleischverbot, Glühbirnenverbot, Heizpilzverbot, Nachtflugverbot, Plastiktütenverbot, Privatversicherungsverbot, Süßigkeitswerbungsverbot und vieles mehr. Nun muss aber doch gesagt werden, Grüne kämpfen auch für etwas, nämlich für: höhere Einkommenssteuer, höhere Gewerbesteuer und für zusätzliche Gebühren und Abgaben und für eine Gleichmacherei. Nicht alles, was die Grünen fordern, ist abzulehnen. Was stört, ist allerdings dieser „jakobinerhafte Tugendterror“, den sie an den Tag legen. Früher Pharisäer - heute Grüne. Wenn die Lübecker Grünen in Sachen KaiLine ihre kritische Haltung aus reinem Machterhalt opfern, zeigt es einmal mehr ihr Pharisäertum. „Tue Gutes auf Kosten anderer“ war schon immer das Motto links/grüner Gutmenschen.

von Peter Sinnenwold

RECHENFEHLER

STEUERERHÖHUNG

Verlässliche Politik erklärt Finanzminister Schäuble zum derzeit erstrebenswerten Ziel in der nächsten Legislaturperiode, der rot-grüne Kontrahent Steinbrück möchte dem ohnehin schon kräftig gebeutelten Bürger einmal mehr in die schon leere Brieftasche greifen, um den ständig teureren Staat zu finanzieren.

Fachleute, Lobbyisten und Parteisoldaten mit und ohne Qualifikationsnachweis streiten sich um die Effizienz einer Steuererhöhung und die Aussage unseres Finanzminister, dass Deutschland sich im internationalen Vergleich mit seiner Steuerlast im Mittelfeld befindet.

DIE FAZ SCHREIBT ZUM THEMA STEUERN IM JULI DES JAHRES U.A.: (auszugsweise)

„...Das hört sich gut an: Bisher vernachlässigte öffentliche Ausgaben sollen ohne zusätzliche Verschuldung aus höheren Abgaben der „Reichen“ finanziert werden. Starke Schultern sollen mehr als bisher tragen, damit dringliche öffentliche Investitionen...finanziert werden können.“

...Damit wird jedoch nur die halbe Wahrheit getroffen. Die Mehreinnahmen des Staates bedeuten ein Weniger an Ausgaben bei den Abgabepflichtigen. Keiner der Politiker, die sich so entschieden für Steuererhöhungen einsetzen, deutet auch nur an, welche Entzugswirkungen an anderer Stelle der Wirtschaft entstehen.

...Einkommensspitzen, die weggesteuert werden sollen, werden in erster Linie gespart und

investiert. Die Bauwirtschaft und Investitionsgütermärkte werden darunter leiden.

LEISTUNGSBREITSCHAFT WIRD GELÄHMT

Ein steigender Staatsanteil am Volkseinkommen wird zudem in doppelter Weise die Beschäftigungs- und Wachstumschancen vermindern... Wozu arbeiten und etwas leisten, wenn die Früchte „überwiegend zwangsweise abgeschöpft werden? ...Heute noch Arbeitslose hoffen, dass sie bei weiterem Wirtschaftswachstum bessere Chancen haben und wieder gebraucht werden. Solche Erwartungen werden enttäuscht... „Soziale Gerechtigkeit“ sieht anders aus. Eine Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie hat kürzlich ergeben, dass fast 70 Prozent der Befragten von der künftigen Bundesregierung erwarten, dass sie sich auch besonders um gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft bemüht.

Nur auf einem Gebiet werden viele Arbeitsplätze geschaffen, allerdings unproduktive, nämlich in der Steuerverwaltung. Nur ein Teil der zusätzlichen Staatseinnahmen wird deshalb für die erwünschten Ziele verfügbar sein. Die Vermögensteuer, die wieder erhoben werden soll, verursacht einen besonders hohen Personalaufwand. Auch das gehört zu den Wahrheiten, die den Wählern nicht vorenthalten werden sollten. Die Ablehnung von Steuererhöhungen bedeutet keineswegs zugleich, dass es bei dem in Jahrzehnten gewachsenen Schlendrian in der

staatlichen und kommunalen Infrastruktur bleiben muss. ... Staat und Kommunen sollten sich auf die Aufgaben konzentrieren, die nur sie wahrnehmen können, und andere Aufgaben unter öffentlicher Aufsicht auf Private übertragen. Wenn sich jedoch Gemeinden verschulden, um die Energieversorgung weit jenseits der Gemeindegrenzen und sogar im Ausland zu finanzieren, geht dies zweifelsfrei über den gesetzlichen Auftrag hinaus. Auch die Bundesregierung muss prüfen, wie sie Entbürokratisierung, Verwaltungsvereinfachung und Stellenabbau weiter vorantreiben und investive Aufgaben Privaten übertragen kann.

Die Befürworter von Steuererhöhungen machen es sich zu einfach, wenn sie bisher unerledigte dringliche Aufgaben benennen, ohne nachzuweisen, dass es in den riesigen öffentlichen Haushalten wirklich keinerlei Möglichkeiten von Einsparungen und vertretbaren Umschichtungen von weniger dringlichen zu dringlicheren Aufgaben gibt. Gegen Einsparungen in öffentlichen Haushalten wird es bei den Betroffenen stets Widerstand geben, was Politiker wegen sinkender Wahlchancen zu vermeiden versuchen. Ausgehend von besser informierten und langfristig denkenden Politikern muss dasselbe künftig auch bei Steuererhöhungen gelten. Nur dann wird die Vernunft siegen, die - historisch vielfach belegbar - besagt, dass ein dauerhaft steigender Staatsanteil am Volkseinkommen Gift für die Wirtschaft eines Landes ist.“

von CF



SUBARU

AutoSchömig

Zum Windpark 3 · 23738 Lensahn
Telefon (0 43 63) 90 38 15

Autogastankstelle
Reparatur aller Automarken



Sie denken, Sie kennen Hyundai?

Wir bringen Sie auf neue Gedanken.



Autohaus am Funkturm
Otto-Hahn-Straße 5 · 22617 Stockelsdorf
Fon 0451 4969523 · Fax 0451 494513
www.autohaus-am-funkturm.de

5 JAHRE
* Für alle Modelle außer im 1. 3. Jahre
Fahrer- und Leasing-Garantie ohne
Kilometerbegrenzung und 3 Jahre
Mobilitätsgarantie auf kostenloser
Pann- und Abschleppdienst, 3
Kilometer-Sicherheits-Checks in
den ersten 5 Jahren gemäß gesetzlicher
Sicherheits-Check-Plan.



Media-Consult & Marketing
Mail: mcm@uwefreise.de

Am Rathaus
RESTAURANT · HOTEL

Die Atmosphäre des Hotel und Restaurants am Rathaus besticht durch die überaus gelungene Kombination von Alt und modernem Komfort.



**GUT ESSEN
FESTE FEIERN
WOHLFÜHLEN
CAFÉ GENIEßEN**

Am Rathaus · Restaurant · Hotel
Knüll 2 · 24217 Schönberg
Telefon (0 43 44) 13 05
Fax (0 43 44) 41 58 00
www.am-rathaus-schoenberg.de

Wir freuen uns auf Ihren Besuch.
Familie Mundt und Team.





Alexandra Dinges-Dierig

Kandidatin zur Bundestagswahl

DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT: SPITZE MIT DEM „GERMAN MITTELSTAND“

auf 900 Millionen Euro aufgestockten Fördertopf ist ein Beispiel für die Unterstützung des innovativen Mittelstands.

Woran wir in Deutschland stärker arbeiten müssen, sind Strukturverbesserungen, um schneller und unbürokratischer zu wirken z.B. im Bereich der Vergabe von Genehmigungen, der Unternehmensgründungen, des Arbeitsmarktes, des Steuerwesens, der Fachkräfteversorgung sowie der Bildung. Ein besonderes Augenmerk ist auf die Kreditversorgung des Mittelstandes zu richten, denn Liquiditätsempässe sind eine enorme Bremse für die Unternehmensentwicklung. Die Einführung einer Vermögenssteuer gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit und damit Arbeitsplätze sowie Existenzen. Jeglicher Erfolg in der Wirtschaft

beginnt bei der Bildung, denn nur die Leistungsfähigkeit gut ausgebildeter Fachkräfte sichert den wirtschaftlichen Erfolg. Die CDU setzt sich auch weiterhin für eine hochwertige allgemeinbildende Schulbildung, eine gut ausgebaute Berufliche Bildung – unsere stärkste Maßnahme gegen Jugendarbeitslosigkeit – und einen gut ausgebauten tertiären Bildungssektor ein. Flexible Studiengänge in Voll- und Teilzeit, dual und nichtdual, dynamisch mit den Anforderungen der Arbeitswelt sich entwickelnd, sind für unsere Zukunft unerlässlich. Neben einer soliden Basis brauchen wir eine fachliche Elite, die sich neben ihrer Leistungsstärke durch gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein auszeichnet. Viele Mittelständler sind ein Paradebeispiel für unser Eliteverständnis.

Insbesondere in Zeiten des Fachkräftemangels muss die Politik qualifizierten ausländischen Arbeitskräften das Leben und Arbeiten in Deutschland ermöglichen. Die Anerkennungsverfahren für im Ausland erworbene Qualifikationen sind dafür zu beschleunigen und Angebote zur sprachlichen Weiterbildung und Integration zu organisieren. Der Mittelstand kann stolz auf seine Leistung sein: Der Begriff ist zum europä- und weltweiten Prädikat geworden. „Made in Germany“ und „German Mittelstand“ werden beinahe schon in einem Zug genannt. Daraus erwächst für die Politik der Auftrag, diesen Kern unserer Wirtschaft und das positive Bild des verantwortungsvollen Unternehmers zu stärken und weiter als Vorbild in den Köpfen der Menschen verankern.

Innovative Ideen müssen erkannt und gefördert werden, denn unsere Zukunftsfähigkeit hängt von ihnen ab. Dafür braucht es zugeschnittene und verlässliche Fördermöglichkeiten. Die Förderungs- und Innovationspolitik der Bundesregierung mit ihrem von 650

VIER GUTE JAHRE FÜR DEN MITTELSTAND

„Der Mittelstand ist in besonderer Weise Inbegriff für Leistungsbereitschaft, Fleiß und über den Tag hinausgehende gesellschaftliche Verantwortung.“ Dieses Zitat des Altkanzlers Dr. Helmut Kohl verdeutlicht die große Verantwortung, die politische Entscheidungsträger für den Mittelstand in Deutschland haben.

Die von der CDU/CSU-geführte Regierungskoalition hat nach den turbulenten Ereignissen der Wirtschafts- und Finanzkrise in der nun ablaufenden Legislaturperiode wichtige Beiträge geliefert. Unsere Wirtschaft wächst, die Arbeitslosenzahlen sind auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren und die Beschäftigungsquote ist auf einem Rekordniveau. Das alles liegt am verantwortungsvollen

und engagierten Handeln der mittelständischen Unternehmen und Familienbetriebe sowie auch unserer Politik. Ein wichtiger Baustein war das 2010 in Kraft getretene Wachstumsbeschleunigungsgesetz mit dem die Wirtschaft und die Bürger um jährlich 8,5 Milliarden Euro entlastet wurden. Damit wurde der Binnenkonsum angekurbelt und somit wurde eine verlässliche Basis für die rasche wirtschaftliche Erholung geschaffen. Als weitere Maßnahme haben wir im Bundestag die Abmilderung der kalten Progression beschlossen. Dieses Vorhaben konnten wir bisher leider wegen der rot-rot-grünen Blockade im Bundesrat nicht zur Zufriedenheit aller umsetzen. Daneben haben wir eine Senkung der Lohnnebenkosten

durchgesetzt. Am Ende dieser Legislaturperiode liegen diese deutlich unter 40 Prozent. Das gibt den Unternehmen Spielräume für mehr Wachstum. Auch die Senkung der Kosten durch ausufernde Bürokratie führte im Vergleich zu 2006 dazu, dass unsere Unternehmen jährlich 12 Milliarden Euro einsparen. Das war ein wichtiges Anliegen der CDU. Trotz der Erfolge liegt noch viel Arbeit vor uns. Die Staatsschuldenkrise ist noch nicht vollends überwunden und mag noch böse Überraschungen bereithalten. Außerdem müssen wir Unternehmen vor unbezahlbaren Strompreisen schützen. Auch in der nächsten Legislaturperiode möchte ich eine überlegte und maßvolle Politik für den Mittelstand weiter-



Ingo Gädechens, MdB

Kandidat zur Bundestagswahl

führen, die ein ausgewogenes Verhältnis von staatlicher Regulierung und individueller Freiheit anstrebt. Klar ist: Nur mit einer starken CDU haben die Interessen und Sorgen des Mittelstandes eine starke Stimme in Berlin. Dafür müssen wir gemeinsam kämpfen!

Ostsee

Kapitalanlage und Altersvorsorge: Ferienhäuser im Holiday Vital Resort Großenbrode

50% verkauft!

- Wasser, Wellen, Wohlfühlen: Nur wenige 100 Meter vom Strand entfernt entsteht zurzeit das Holiday Vital Resort in Großenbrode, wo die Zeit anders geht. Ein Resort mit 165 Ferienhäusern im skandinavischen Stil – und besten Renditechancen für Kapitalanleger. Die Vermietungseinnahmen der Ferienimmobilien sind attraktiv und liefern einen soliden Beitrag für Ihre Finanzierung. Rechnen Sie die Kapitalanlage mit Urlaubsflair doch einmal durch.
- Skandinavische Qualitätshäuser, 5 Haustypen mit 65 – 100 m² Wohnfläche
- Hochwertige, gemütliche Ausstattung (Kaminofen, Sauna, z.T. Whirlpool)
- DanCenter und TUI sorgen als professionelle Vermieter für gute Renditen
- Ideal als Kapitalanlage, Altersvorsorge und Urlaubsrefugium
- Erster Bauabschnitt ist fertig gestellt

Gerne beraten wir Sie!
Tel.: 040 / 386 16 60-0
info@im-ferienimmobilien.de
im-ferienimmobilien.de

Nehmen Sie Kontakt zu uns auf und besichtigen Sie unser Musterhaus in Großenbrode.

BOCKHOLDT

Optimale Qualität in jeder Höhe!

Ob Bürogebäude, Krankenhaus, Industrieanlage, Einzelhandel oder ganz Privat – bei **BOCKHOLDT** wissen wir, worauf es in Sachen Qualität und Hygiene ankommt.

Mit unserer über 50-jährigen Erfahrung sind wir Ihr zuverlässiger Partner für alle Gebäude-, Industrie- und Hygienedienste.

Branchenorientiert, leistungsstark und umweltschonend. Mit **BOCKHOLDT** sind Sie immer rundum gut betreut!

BOCKHOLDT Gebäudedienste KG
Tel.: 0451 - 6 000 60
Gutenbergstr. 10 | 23566 Lübeck
www.bockholdt.de

Ihre neue Adresse an der Kaikante

Der GESAMTHAFEN
im historischen Hafenschuppen 10/11 am Burgtorkai der Hansestadt Lübeck nimmt Gestalt an und präsentiert sich als exklusiver Bürostandort in zentraler Wasserlage.

Ergänzt wird diese Außenwirkung nicht nur durch den hohen Qualitätsstandard in der baulichen und energetischen Ausführung, sondern auch in der modernen technischen Ausstattung mit zeitgemäßen Bürostandards.

Im GESAMTHAFEN werden seit Januar 2013 die individuellen Gewerbeeinheiten nach und nach bezogen. Derzeit stehen noch zwei Büroeinheiten in Größen von ca. 220 m² und ca. 360 m² zur Verfügung.

**NOCH FREIE MIETEEINHEITEN
220 m² und 360 m²**

KWL GmbH
Liane Dommermuth
Immobilienmanagement
Falkenstraße 11
23564 Lübeck
Tel. 0451/ 7 98 88-28
Fax. 0451/ 7 98 88-44
dommermuth@luebeck.org

LEBENSPRINZIP SELBSTVERANTWORTUNG

Ein Plädoyer für die Rückbesinnung auf mittelständische Tugenden in der Wirtschaft und Politik

Auf die Frage, was denn „der Mittelstand“ überhaupt sei, erhält man gemeinhin die eine oder andere empirische Definition, die sich auf die volkswirtschaftliche Bedeutung und

und zur Vergegenwärtigung der gesellschaftlichen Bedeutung seiner Leistungsträger helfen sie indes kaum. Auch die Welt der Wirtschaft - das wussten bereits die Gründer-

telstand verankerten Prinzipien sind unentbehrliche Stützen freiheitlicher Gesellschaftsordnungen und gewährleisten die soziale Einbettung des wirtschaftlichen Geschehens. Seit Bestehen der Bundesrepublik hat sich der unserer Sozialen Marktwirtschaft zugrunde liegende Wertekanon gewandelt. In den frühen Jahren waren Leistungsbereitschaft, Aufbruchwille und Selbstverantwortung für nahezu alle Bevölkerungsschichten selbstverständliche Grundwerte, die das Wirtschaftswunder in Verbindung mit einer wiedergewonnenen freiheitlichen Wirtschaftsordnung zuallererst überhaupt ermöglicht haben. Heute stehen diese Werte vielfach unter dem Vorbehalt der Persönlichkeitsentfaltung und Selbstverwirklichung. Hier „Leistungssucht“, dort „Leistungsflucht“, so lassen sich die beiden Pole des Wertewandels benennen, die den Weg Deutschlands vom Wirtschaftswunder bis in die heutige Zeit hinein kennzeichnen. Diese Erosion beschränkt sich keineswegs nur auf die Wirtschaft, sondern trifft auf die Gesellschaft insgesamt zu. Sie ist nicht nur Ursache zurückliegender Krisensituationen, sondern auch Folge falscher Politik.

numerische Abgrenzung kleiner und mittlerer Unternehmen, Freiberufler und Handwerker beschränkt. Danach gelten in der Regel alle Unternehmen mit weniger als 500 Mitarbeitern und einem Umsatz von weniger als 50 Mio. Euro als mittelständisch. Das viel zitierte und oft bemühte „Rückgrat“ der deutschen Wirtschaft wird charakterisiert und gerühmt durch seine überproportionalen Anteile an volkswirtschaftlichen Aggregaten, wie der Unternehmenszahl (rund 98 Prozent), den Arbeitsplätzen (fast 80 Prozent), der Ausbildungsleistung (etwa 82 Prozent) oder der Bruttowertschöpfung (circa 47 Prozent), hierzulande.

väter der Sozialen Marktwirtschaft - schöpft aus vorgelagerten moralischen Reserven und normativen Wertvorstellungen, mit denen sie steht und fällt. Markt, Leistungswettbewerb und das Spiel von Angebot und Nachfrage erzeugen diese Reserven nicht.

Sie verbrauchen sie und müssen sie von den Bereichen jenseits des Marktes beziehen. Fairness, Ehrlichkeit, Gerechtigkeitssinn, Selbstdisziplin, Leistungsbereitschaft, Maßhalten und Gemeinsinn, aber auch kaufmännische Tugenden, wie Fleiß, Pflichtgefühl und Tüchtigkeit, sind Werthaltungen und Überzeugungen, die die Menschen bereits mitbringen müssen, wenn sie sich auf den Märkten betätigen. Diese gerade im Mit-

Solche Definitionen mögen Statistiker befriedigen, zum Verständnis des Mittelstandes

Das merkwürdige Duo Albig/Stegner!

Immer wieder etwas außergewöhnlich wird seit Jahren die Landespolitik in Schleswig-Holstein gestaltet. Einige Beispiele: Da müssen Wahlen wiederholt werden, die SPD-Ministerpräsidentin Heide Simonis wird von den eigenen Politik-Freunden im Amt „abgeschossen“ und die CDU leistete sich bei den vergangenen Landtagswahlen den Luxus, ihren Spitzenkandidaten Jost de Jager nicht über einen vorderen Platz auf der Landesliste „abzusichern“, so dass sie urplötzlich über einen arbeitslosen Ex-Minister verfügten. Doch dann setzte die SPD ihrer Form von Politikverständnis noch die Krone auf: Sie ließ parteiintern das Duell Torsten Albig gegen Ralf Stegner per Abstimmung klären, die Mitglieder entschieden sich gegen den unbeliebten Politik-Pragmatiker Stegner und für den Neuling Albig und hatten dadurch plötzlich ein Duo, dass keiner in dieser Form haben wollte. Der strahlende Albig reist als Ministerpräsident frohgelaut durch das Land, kümmert sich um die Rapsblütenkönigin und deren zahlreichen Kolleginnen, ist auf vielen Wochenmärkten und überall dort anzutreffen, wo es nicht droht, politisch zu werden. Und Fraktionschef Stegner macht das, was er ohnehin besser kann: Lauthals die Politik der SPD vertreten und die Koalitionspartner von den Grünen und vom SSW bei Laune halten. Fragt sich nur, wie lange die Bürger in Schleswig-Holstein und vor allen Dingen die SPD-Wähler dieses merkwürdige Spielchen noch mitmachen wollen? Auf eine Antwort wartet...



Ihr Willy Wacker

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich in breiten Bevölkerungsschichten ein von Eigenleistung und Selbstverantwortung nahezu völlig abgekoppeltes und auf den Staat konzentriertes Anspruchsdenken ausgebildet. Die Politik hat über Jahrzehnte hinweg den Eindruck eines grenzenlosen und unbeschränkt finanzierbaren Wohlfahrtsstaates vermittelt. Die Folge sind das Beharren auf Besitzstandswahrung und Umverteilung sowie ein Gesellschaftsmodell, in dem in weiten Teilen paternalistische Fürsorge und staatliche Bevormundung die Bereitschaft zu Eigeninitiative und Selbstverantwortung untergraben, lähmen und bestrafen. Dieser unverteilende Fürsorge und Bevormundungsstaat stößt in Zeiten der Internationalisierung und der erweiterten europäischen Integration an seine Grenzen. Die Globalisierung der Märkte ist mehr als nur der verschärfte Standortwettbewerb um konkurrenzfähige Produkte und wettbewerbsfähige Lohnstückkosten. Er ist auch der Wettstreit um gesellschaftliche Dynamik. Mit der Erweiterung der Europäischen Union treten Gesellschaften in den Kreis der europäischen Familie ein, die aus der Defizienzerfahrung sozialistischer Planungsökonomie und politischer Unfreiheit heraus Eigeninitiative und Selbstverantwortung, Risikobereitschaft und den Blick nach vorn in das „alte Europa“ bringen. Es ist höchste Zeit, dass auch wir uns wieder auf diese Kultur der Selbständigkeit und mittelständische Tugenden besinnen.

Selbständigkeit ist mehr als ein unternehmerisches Prinzip. Es bedeutet Gestaltungs- und Entscheidungsspielräume des Einzelnen und ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und insofern eine Voraussetzung für eine freiheitliche Gesellschaft insgesamt. Diese Freiheit ist heute durch ein Übermaß staatlicher Eingriffe bedroht. Subsidiarität wird in Sonntagsreden proklamiert und von Montag bis Samstag durch immer neue Reglementierungen konterkariert. Die Diskussion um die Einführung von Frauenquoten oder die Pläne zur gesetzlichen Verordnung von Unternehmerischer Sozialverantwortung (CSR) sind nur zwei von vielen aktuellen Beispielen. Statt Selbstbestimmung und Selbsthilfe überwiegen staatliche Bevormundung und Rundum-Betreuung. Eine neue Kultur der Selbstverantwortung und des bürgerlichen Engagements lässt sich allerdings weder durch den Staat verordnen noch durch den Markt automatisch herbeiführen. Sie muss gelebt und vorgelebt werden.

Dies gilt gerade in einer Situation, in der vielen die vermeintliche Sicherheit staatlicher Fürsorge wichtiger scheint, als der damit einhergehende Verlust von Freiheit und Chancen. Eine Kultur der Selbständigkeit und Eigenverantwortung braucht Leitbilder, und die findet sie auch hierzulande: im Mittelstand. Denn der Mittelstand umfasst nicht nur Leistungsträger in Industrie, Handwerk, Handel, freien

Berufen und Verwaltung, sondern alle Bürger, die ihr Leben aufgrund eigener Leistung in eigener Verantwortung gestalten.

Diesen ethischen Wert des Mittelstands müssen wir uns heute neu vergegenwärtigen. Denn der Mittelstand ist nicht nur das volkswirtschaftliche Rückgrat unserer Gesellschaft. Er ist zugleich Kern einer aktiven Bürgergesellschaft, Werte-Träger in der Generationsfolge und Garant für den Fortbestand eines freiheitlichen Gemeinwesens. Es ist weder Freiheit ohne Mittelstand, noch Mittelstand ohne Freiheit möglich. Freiheit, Selbstverantwortung und Mittelstand gehören zusammen.

Die Leitmaxime für die Neuausrichtung wichtiger Politikbereiche muss daher die Stärkung des Mittelstandes sein. Der Mittelstand braucht keine Schutzzäune, Sonderrechte oder gar Subventionen, sondern ordnungspolitische Rahmenbedingungen, die seine Leistungsfähigkeit und -bereitschaft stärken. Dazu gehören vor allem die Sicherung eines freien und fairen Leistungswettbewerbs durch ein konsistentes Wettbewerbs- und Kartellrecht, Rechtsformen- und Größenneutralität in der Steuer- und Wirtschaftspolitik, die Offenheit der Märkte, die Vermeidung von staatlichem Behinderungswettbewerb beispielsweise durch die zunehmende wirtschaftliche Betätigung von Kommunen, die Sicherung des Privateigentums mit maßvollen Steuer- und Ab-

gabenlasten statt enteignungs-gleichen Staatsquoten von mehr als 50 Prozent, Vertragsfreiheit als konstituierendes Element einer Wettbewerbsordnung und die Konstanz in der Wirtschaftspolitik statt eines investitionsfeindlichen ständigen Hin und Her's. Der voll haftende Eigentümer-Unternehmer, nicht der Manager, der nach zweifelhaftem Geschäftserfolg oder Kapitalvernichtung an der Börse mit astronomischen Abfindungen belohnt wird, ist prägend für die gesamte mittelständische Unternehmenswelt. Wir müssen uns endlich wieder ins Bewusstsein heben, dass diese persönliche Haftung als unverzichtbares Korrektiv sowohl in der Welt der global agierenden Konzerne als auch in der Politik zur Geltung kommen muss.

Denn nur so kann nachhaltig Freiheit gesichert und Machtmissbrauch wirksam verhindert werden. Kurzum, wir sollten uns wieder auf Ludwig Erhard besinnen, der uns vor vielen Jahren ins Stammbuch geschrieben hat: „Nichts ist unsozialer als der Wohlfahrtsstaat, der die menschliche Verantwortung erschaffen und die individuellen Leistungen sinken lässt.“ Wenn wir uns in Politik und Wirtschaft wieder auf die mittelständischen Tugenden besinnen, ist auch in Deutschland ein zweites Wirtschaftswunder möglich.

von Hans-Dieter Lehnen
MIT Hauptgeschäftsführer



Werbefotografie Produktfotografie
für Kataloge Industrie
für Flyer & Prospekte
Ihre Firma
professionell fotografiert
von Ihrem
Meisterbetrieb
Fotostudio
Hellmann
Helfhausgasse 2 - 23611 Bad Schwartau
0451 / 2 78 24
www.fotostudio-hellmann.de

WÄSCHE DIENST Horst Pätzold ... immer wenn es um ihre Wäsche geht
Ihr Qualitäts - Wäsche - Verleih an der Ostsee
**Unser Service für Hotels, Gastronomie, Vermieter:
Wäscheverleih - Berufswäsche - Reinigung**
Selbstverständlich waschen wir auch Ihre Wäsche.
Qualität ist unsere Stärke! Fordern Sie uns heraus!
Anruf genügt ... ☎ **0 45 61 / 93 93**
Gewerbepark Neustädter Bucht • Wagrienring 1 • 23730 Neustadt
Fax 0 45 61 / 93 90 • info@waeschedienst-paetzold.de

VILLA COLONIAL

GENIEßEN SIE ERFRISCHENDES, STILVOLLES & KLASSISCHES AMBIENTE IN DER VILLA COLONIAL



FR-SA
COCKTAILBAR
AB 20 UHR

CATERING SERVICE
MIT
COCKTAIL MOBIL
IM RAUM OH, HL, PLÖN & KIEL



Villa Colonial
Hindenburgallee 2
23714 Bad Malente
-Gremsmühlen
Telefon: 04523 - 207815
Telefax: 04523 - 207813
thomas-hemsen@t-online.de
www.villa-colonial-malente.de

Gewinnen Sie einen Aufenthalt für 2 Personen in der **AQUAMARIS Strandresidenz Rügen**

WERDEN SIE MITGLIED DER MIT LÜBECK ODER OSTHOLSTEIN UND GEWINNEN SIE EIN WOCHENENDE FÜR 2 PERSONEN AUF RÜGEN.

Eine Mitgliedschaft in der Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung lohnt sich für Sie. Die **MIT** bietet ein tragfähiges Netzwerk in Ihrer Region und Mitwirkungsmöglichkeiten bei politischen Beschlüssen. Ihr Engagement verschafft Ihnen einen direkten Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern und die Chance ihre Belange zur Sprache zu bringen.

Unter den ersten 10 Neueintritten in die Kreisverbände Lübeck und Ostholstein verlosen wir zudem **ein Wochenende zu zweit in der 4-Sterne Strandresidenz Aquamaris auf Rügen**. In dem neugestalteten AQUAWELL Beauty & Wellness Center kann man bei wohltuenden Bädern, Massagen und Kosmetikbehandlungen entspannen und ausruhen.

Weitere Informationen über die **MIT** im Internet unter: www.mit-sh.de oder per E-Mail an info@mit-hl.de



Foto: hfr

Vermietung

Büro · Ferienwohnungen · Fahrräder



IMMOBILIEN
Schorsch Müller

Kauf · Verkauf
Termine nach Vereinbarung

Telefon 04563-8681
Mobil 0160-99 16 27 73 · Mobil 0160-94 68 27 43
www.sierksdorf-traumblick.de



RECHTSTIPP

VORSICHT BEI SCHWARZARBEIT!

Schwarzarbeit ist ein Massenphänomen. Dies gilt auch und gerade im Baubereich.

Mit Urteil vom 21.12.2012 (Az.: 1 U 105/11) hatte das Oberlandesgericht Schleswig entschieden, dass in dem Fall einer „ohne-Rechnung-Abrede“ für die Pflasterung einer Auffahrt der geschlossene Bauvertrag insgesamt nichtig ist. Das hat zur Folge, dass auf der einen Seite der Bauunternehmer keine Vergütung, auf der anderen Seite der Bauherr keine Gewährleistung verlangen kann. Das kann für beide äußerst misslich sein. Der BGH bestätigte nun dieses Urteil erstaunlich schnell mit Urteil vom 01.08.2013 (Az. VII ZR 6/13). Das Urteil belegt die Risiken der Schwarzarbeit. Hinzukommt, dass nachgewiesene Schwarzarbeit für den Unternehmer eine Vergabesperre im Rahmen öffentlicher

Baufträge (z. B. Kammergericht, Urteil vom 08.12.2011 – 2 U 11/11) und ein Strafverfahren mit drastischen Strafen (z. B. BGH, Urteil vom 02.12.2008 – 1 StR 416/08) nach sich zieht. Bei einem Steuerschaden von über 50.000,00 € kommt in der Regel nur eine Freiheitsstrafe in Betracht. Auch dem Bauherrn droht ein saftiges Bußgeld. Deshalb sollten alle die Finger von der Schwarzarbeit lassen. Bauherren sollten nachweislich dafür sorgen, dass sie sich zum Beispiel die Eintragung des Baubetriebes in die Handwerksrolle durch Übergabe einer entsprechenden Kopie haben nachweisen lassen. Entsprechendes gilt im Übrigen für Unternehmer, wenn sie Subunternehmer beschäftigen.



Prof. Dr. Jörg Schmidt

Lübeck/ Schwerin
Rechtsanwalt und
Fachanwalt für Bau- und
Architektenrecht sowie
für Versicherungsrecht
www.rae-dr-schmidt.de

AUSLAUFMODELL SOLI

„...Angesichts immer neuer Rekordsteuereinnahmen ist es nicht länger vermittelbar, ...zur solidarischen Finanzierung des Aufbau Ost zur Kasse gebeten werden...“ so Dr. Schlamann, MIT- Bundesvorsitzender.

In der Tat erscheint eine Alterierung des derzeitigen starren Kurses unverantwortlich und ungerecht. Grafische Solidarität ist schwer nachvollziehbar, sie muss bedarfsgerecht praktiziert werden. Da müssen dann auch einmal altkanzlerliche Versprechungen dem Sachzwang der Jetztzeit weichen. Fakt ist, das es heute den Hilfeempfängern immer

häufiger besser geht, als den Hilfezahlern. „Der Zweck des Soli“ – so Schlamann weiter, „die Lebensbedingungen im Osten der Republik an jene der aalten Bundesrepublik anzupassen, wird längst ad absurdum geführt. Von den schätzungsweise 14 Milliarden Euro Soli-Aufkommen 2013 werden nur noch rund sechs Milliarden Euro in den Osten investiert.

Bis zum Auslaufen des Solidarpaktes II im Jahr 2019 werden sich die Überschüsse auf etwa 100 Milliarden Euro summieren, was allein dem Bundeshaushalt zugutekommt. Dies ist eine große Ungerechtigkeit unter dem Deckmantel der Solidarität, die ein Ende haben muss!“

von CF



ORTHOPÄDIE-SCHUHTECHNIK GROMMISCH
ZERTIFIZIERTER MEISTERBETRIEB

Orthopädische Hilfsmittel
Orthesen (Fuß + Knie)
Kompressions- Strümpfe-
und Hosen, Gehhilfen
Stützmidler u.v.m.

Orthopädische Schuhtechnik
Orthopädische Maßschuhe,
handgearbeitete Maßschuhe,
Einlagen nach neuester Technik,
Verband- u. Entlastungsschuhe,
Fußanalyse und Beratung,
Zurichtung und Reparatur an
Konfektions-Schuhen
und Propriozeptive Einlagen.

Aufrecht, auf gesunden Füßen in die Zukunft gehen!
Kindertherapie-Schuhe,
Kinder-Korrektur einlagen,
Kinderbandagen u. Orthesen.

Digitale Fußdruckmessung und Fußscan
Die digitale Fußdruckmessung wird eingesetzt zur zusätzlichen Diagnostik bei z. B. Senkfuß, Spreizfuß, Knickfuß, Plattfuß, Rheuma und Diabetes.

Diabetes
Diabetes Schutzschuhe, individuelle Fußbettung, Diabetikersocken ohne Bund für perfekten Sitz.

Unsere besonderen Produkte
Reitsporteinlagen zur Entlastung des Bewegungsapparates,
Golfsporteinlagen.

Alle Artikel auch ohne wirtschaftliche Aufzahlung!



Qualität und Fachberatung aus Meisterhand!

Übrigens haben wir die Zulassung aller gesetzlichen und privaten Krankenkassen. Ihr Ansprechpartner Karsten Grommisch, freut sich auf Ihre Kontaktaufnahme.

Dorfstraße 50 · 23701 Bujendorf
Telefon: 04529-1067
Mobil: 0172-9310258

E-Mail: info@orthopaedie-schuhtechnik-grommisch.de

Homepage: www.orthopaedie-schuhtechnik-grommisch.de

Kulinarik am Kurpark Bad Schwartau



Kulinarischer Kalender

Samstag, 7. September

Gourmet-Abend

5-Gang Menü inkl. Begrüßungs-Champagner

(Unsere Menüfolge im Internet
unter: www.olive-badschwartau.de)

€ 55,- p. P.

23. bis 29. September

Bayrische Woche

Genießen Sie aus unserer Spezialkarte
Bayrische Esskultur pur

Samstag, 28. September ab 19 Uhr

Oktoberfest-Buffer

Mit Musik, Tracht und Lederhose

€ 25,00 p. P.

15. September bis 15. Oktober

1 Glas Federweißer und 1 Gourmet Flammkuchen

mit gekochten Schinkenstreifen, Lauch,
Zwiebeln und Crème fraîche

€ 9,80

1. bis 31. Oktober

Kürbis- und Wildwochen

Genießen Sie aus unserer Sonderkarte
Wildspezialitäten aus heimischer Jagd
und leckere Kürbisgerichte



Erfolgreiche
Übernahme des
Restaurants Olive
in Bad Schwartau

Liebe Gäste,

mit dem Blick fürs Detail betreiben wir seit Januar diesen Jahres unser Restaurant Olive. Für unser Team ist es jeden Tag eine Freude, hier kulinarisch sesshaft geworden zu sein. Unsere Gäste sowie Frische und Regionalität stehen in unserem Hause stets im Vordergrund.

Ob Gerichte vom Angler Sattelschwein oder unsere Dry Aged Steak-Spezialitäten, nicht nur Kennern eröffnen wir neue Geschmackserlebnisse. Aber auch Frühstücken ist im Restaurant, seit unserer Übernahme, endlich möglich. Themenbuffets und Spezialitätenwochen komplettieren unsere kulinarischen Highlights und werden durch eine kleine Mittags- und Bistrokarte ergänzt.

Neben der guten Küche, dem gediegenem Ambiente mit Sonnenterrasse ist unser Restaurant die Event-Location in Bad Schwartau. Ob Hochzeiten oder Festlichkeiten aller Art, unser Partyservice „Ars Vivendi“ hat große Erfahrung bei der Umsetzung von kulinarischen Veranstaltungen bis zu 5.000 Personen.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Familie Berger und Team

Partner der
**HOLSTEIN
THERME
BAD SCHWARTAU**
www.holstein-therme.de



Partyservice
ARS VIVENDI

Telefon 0800-100 24 95
Mobil 0178 - 61 59 321

www.ars-vivendi-timmendorfer.de

Wir sind Ihr Partner für

Hochzeiten | Konfirmation | Jubiläum
Geburtstag | Richtfest | Betriebsfest
Locations | Service-Personal | Zeltverleih
Dekoration | Geschirverleih | Zapfanlagen
Showanlagen | bis 5000 Personen

Restaurant & Cafe Olive

Am Kurpark 3
(bei der Holstein Therme)
23611 Bad Schwartau
Telefon 0451 - 283682

www.olive-badschwartau.de